

## Anlage zur Tagesordnung für die Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 01.10.2019

(Stand: 01.10.2019)

Der Einladung zur Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses sind keine Vorlagen beigelegt, die in den Fachausschüssen beraten wurden bzw. noch beraten werden. Diese Vorlagen wurden den Ratsmitgliedern mit den Einladungen zu den betreffenden Fachausschusssitzungen übersandt. Die Beratungsergebnisse zu diesen Vorlagen finden Sie im weiteren Verlauf dieser Anlage zur Tagesordnung. Nachträge sind durch eine seitliche Linie gekennzeichnet.

Zudem sind dieser Unterlage als Anlagen beigelegt:

- eine ergänzende Unterlage zu den Vorlagen Nr. 0297/2019/1 – Anregung vom 29.04.2019, der Resolution zur Ausrufung des Klimanotstandes beizutreten (TOP Ö 14) – und Nr. 0296/2019/1 - Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 07.06.2019 (eingegangen am 04.06.2019): „Klimanotstand“ (TOP Ö 15.1) –, die in der Sitzung des Stadtentwicklungs- und Planungsausschusses am 25.09.2019 als Tischvorlage vorgelegt wurde und Grundlage der Beschlussempfehlung des Ausschusses war,
- eine ergänzende Unterlage zu der Vorlage Nr. 0394/2019 – Ehrungen mit der Ehrennadel in Gold, der Ehrennadel in Silber und der Ehrennadel nach der städtischen Ehrungssatzung (TOP N 9).

### Ö Öffentlicher Teil

#### 12 **Maßnahmebeschluss für die 5-gruppige Kindertagesstätte mit Großtagespflegestelle, Reiser/Im Mondsröttchen**

**Vorlage: 0228/2019**

(Vorlage aus der Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 19.09.2019)

Der Jugendhilfeausschuss hat in der Sitzung am 19.09.2019 einstimmig beschlossen, dem Rat folgende Beschlussempfehlung zu geben:

1. Der Umsetzung der Maßnahme „neue fünfgruppige Kindertagesstätte mit angeschlossener Großtagespflegestelle Reiser/Im Mondsröttchen“ in Bauträgerschaft der Arbeiterwohlfahrt Kreisverband Rhein-Oberberg e.V. mit geänderter Finanzierungsform im Zuschussmodell wird zugestimmt.
2. Die Investitionskosten für den Bau der Kindertagesstätte und der Großtagespflegestelle (einschl. Baunebenkosten) in Höhe von 93 + 9 Plätze à 30.000 EUR (anererkennungsfähigen Baukosten) = 3.060.000 EUR werden mit einem Zuschuss in Höhe von 100% unter der Voraussetzung durch die Stadt Bergisch Gladbach mit 90% Landesmitteln bezuschusst, dass die Angemessenheit der Kosten durch die städtische Hochbauabteilung bestätigt wird (Ziffer 11.3 der Städtischen Richtlinien zur Förderung von Kindertagesstätten).
3. Der Eigenanteil an den Ausstattungskosten in Höhe von 5% wird dem Bauträger auf Antrag erlassen. (Ziff. 11.3 (1) der Städt. Richtlinien; Förderung von Investitionskosten).
4. Die Landesmittel aus dem u6-Programm in Höhe von 2.754.000 EUR sind beim Land rechtzeitig zu beantragen.
5. Die Betriebskostenmittel werden gem. KiBiz und den Städt. Richtlinien in Höhe von 99% ab Inbetriebnahme gewährt.
6. Für das städt. Grundstück wird die Miete in voller Höhe übernommen (Ziff. 10 der Städt. Richtlinien).
7. Die erforderlichen Finanzmittel sind im Haushalt 2020 und 2021 bereitzustellen.

#### 13 **Baulandstrategie**

**Vorlage: 0378/2019**

(Vorlage aus der Sitzung des Stadtentwicklungs- und Planungsausschusses am 25.09.2019)

Der Stadtentwicklungs- und Planungsausschuss hat in der Sitzung am 25.09.2019 mehrheitlich gegen DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL bei Enthaltung der FDP beschlossen, dem Rat folgende Beschlussempfehlung zu geben:

- I. Der Rat der Stadt Bergisch Gladbach beauftragt die Stadtverwaltung einen Beschluss auf Basis der vorliegenden Baulandstrategie auszuarbeiten.
- II. Die Ziele der Baulandstrategie werden ab dem Zeitpunkt des Ratsbeschlusses dieses Papiers soweit rechtlich möglich berücksichtigt.

**14 Anregung vom 29.04.2019, der Resolution zur Ausrufung des Klimanotstandes beizutreten**

**Vorlage: 0297/2019/1**

(Vorlage aus den Sitzungen des Ausschusses für Umwelt, Klimaschutz, Infrastruktur und Verkehr am 11.09.2019 sowie des Stadtentwicklungs- und Planungsausschusses am 25.09.2019)

und

15

**Anträge der Fraktionen**

15.1

**Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 07.06.2019 (eingegangen am 04.06.2019): „Klimanotstand“**

**Vorlage: 0296/2019/1**

(Vorlage aus den Sitzungen des Ausschusses für Umwelt, Klimaschutz, Infrastruktur und Verkehr am 11.09.2019 sowie des Stadtentwicklungs- und Planungsausschusses am 25.09.2019)

Der Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz, Infrastruktur und Verkehr hat in der Sitzung am 11.09.2019 einstimmig beschlossen, auf die Abgabe von Beschlussempfehlungen an den Rat zu verzichten und die Fraktionen zu bitten, bis zur Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 01.10.2019 untereinander einen mehrheitsfähigen Beschlussvorschlag abzustimmen.

Der Stadtentwicklungs- und Planungsausschuss hat in der Sitzung am 25.09.2019 einstimmig bei Enthaltung von mitterechts beschlossen, dem Rat folgende, im Vergleich mit den angeregten/beantragten Beschlussfassungen geänderte Beschlussempfehlung zu geben:

Der Rat der Stadt Bergisch Gladbach fasst eine Resolution zur Bewältigung des Klimawandels und unterstützt die Resolution zur Ausrufung des „Climate Emergency“.

Die Stadt Bergisch Gladbach erkennt damit die Eindämmung des Klimawandels und seiner schwerwiegenden Folgen als Aufgabe von höchster Priorität an:

- Die Stadt Bergisch Gladbach wird die Auswirkungen auf das Klima sowie die ökologische, gesellschaftliche und ökonomische Nachhaltigkeit bei jeglichen davon betroffenen Entscheidungen berücksichtigen und wenn immer möglich jene Entscheidungen prioritär behandeln, welche den Klimawandel oder dessen Folgen abschwächen.
- Die Stadt Bergisch Gladbach fordert von der Bundesregierung, Kommunen beim Klimaschutz zu unterstützen und ihre Anstrengungen in allen Sektoren deutlich stärker am Klimaschutz zu orientieren, um ihrer globalen Verantwortung gerecht zu werden.
- Die Verwaltung wird aufgefordert, beim Klimaschutz eng mit Kreis und Region zusammen zu arbeiten.
- Die Stadt Bergisch Gladbach wird umfassend über lokale Auswirkungen des Klimawandels sowie über die Maßnahmen, welche gegen den Klimawandel ergriffen werden, informieren. Der Rat der Stadt Bergisch Gladbach fordert den Bürgermeister auf, dem Rat und der Öffentlichkeit alle sechs Monate über Fortschritte und Schwierigkeiten bei der Reduktion der Emissionen Bericht zu erstatten.

**15.2 Antrag der SPD-Fraktion vom 17.06.2019 (eingegangen am 18.06.2019): „Erarbeitung eines Konzeptes und eines Zeitplans zur Erstellung eines integrierten Klimaschutzkonzeptes für Bergisch Gladbach“**

**Vorlage: 0334/2019/1**

(Vorlage aus den Sitzungen des Ausschusses für Umwelt, Klimaschutz, Infrastruktur und Verkehr am 11.09.2019 sowie des Stadtentwicklungs- und Planungsausschusses am 25.09.2019)

Der Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz, Infrastruktur und Verkehr hat in der Sitzung am 11.09.2019 einstimmig beschlossen, dem Rat folgende, im Vergleich mit der beantragten Beschlussfassung ergänzte Beschlussempfehlung zu geben:

Der Rat der Stadt Bergisch Gladbach beschließt:

- Die Verwaltung wird beauftragt, ein Konzept und einen Zeitplan zur Erstellung eines integrierten Klimaschutzkonzeptes für die Stadt Bergisch Gladbach zu entwickeln.
- Dieses Konzept soll insbesondere eine erste Kostenabschätzung und deren Förderfähigkeit im Sinne der „Kommunalrichtlinie“ enthalten.
- Das Konzept und der Zeitplan zur Erstellung des integrierten Klimaschutzkonzeptes sollen zur Beratung in die zuständigen Fachausschüsse überwiesen werden.
- Die Verwaltung prüft die Teilnahme der Stadt Bergisch Gladbach am European Energy Award.
- Die Erarbeitung des Klimaschutzkonzeptes soll über Zielvereinbarungen innerhalb der Verwaltung sichergestellt werden.

Der Stadtentwicklungs- und Planungsausschuss ist in der Sitzung am 25.09.2019 einstimmig dieser im Vergleich mit der beantragten Beschlussfassung ergänzten Beschlussempfehlung an den Rat gefolgt.

**15.3 Antrag der Fraktion DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL vom 23.06.2019 (eingegangen am 24.06.2019): „Teilnahme am Förderprogramm progres.nrw Emissionsarme Mobilität“**

**Vorlage: 0338/2019/1**

(Vorlage aus der Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Klimaschutz, Infrastruktur und Verkehr am 11.09.2019)

Der Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz, Infrastruktur und Verkehr hat in der Sitzung am 11.09.2019 einstimmig bei Enthaltung von mitterechts beschlossen, dem Rat folgende, von der beantragten Beschlussfassung abweichende Beschlussempfehlung zu geben:

Der Inhalt dieses Antrages wird in die Erarbeitung des Klimaschutzkonzeptes mit aufgenommen.



Tischvorlage zum Antrag von B90/Grüne „Climate Emergency“  
Modifizierte, mit den Fraktionen von CDU, SPD und FDP abgestimmte Fassung

### **Bergisch Gladbacher Resolution zur Bewältigung des Klimawandels Unterstützung der Resolution „Climate Emergency“ Generelle Berücksichtigung von Klimaauswirkungen**

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Bergisch Gladbach fasst eine Resolution zur Bewältigung des Klimawandels und unterstützt die Resolution zur Ausrufung des „Climate Emergency“.

Die Stadt Bergisch Gladbach erkennt damit die Eindämmung des Klimawandels und seiner schwerwiegenden Folgen als Aufgabe von höchster Priorität an:

- Die Stadt Bergisch Gladbach wird die Auswirkungen auf das Klima sowie die ökologische, gesellschaftliche und ökonomische Nachhaltigkeit bei jeglichen davon betroffenen Entscheidungen berücksichtigen und wenn immer möglich jene Entscheidungen prioritär behandeln, welche den Klimawandel oder dessen Folgen abschwächen.
- Die Stadt Bergisch Gladbach fordert von der Bundesregierung, Kommunen beim Klimaschutz zu unterstützen und ihre Anstrengungen in allen Sektoren deutlich stärker am Klimaschutz zu orientieren, um ihrer globalen Verantwortung gerecht zu werden.
- Die Verwaltung wird aufgefordert, beim Klimaschutz eng mit Kreis und Region zusammen zu arbeiten.
- Die Stadt Bergisch Gladbach wird umfassend über lokale Auswirkungen des Klimawandels sowie über die Maßnahmen, welche gegen den Klimawandel ergriffen werden, informieren. Der Rat der Stadt Bergisch Gladbach fordert den Bürgermeister auf, dem Rat und der Öffentlichkeit alle sechs Monate über Fortschritte und Schwierigkeiten bei der Reduktion der Emissionen Bericht zu erstatten.

Begründung:

Trotz weltweiter Bemühungen über Jahrzehnte, den Ausstoß von Treibhausgasen zu reduzieren, nimmt deren Konzentration Jahr um Jahr zu. Alle Maßnahmen, dem Klimawandel entgegen zu wirken, haben bisher keinen Erfolg gezeigt. Die Wissenschaft prognostiziert verheerende Folgen für die menschliche Zivilisation und die Natur auf dem Planeten Erde. Es ist dringend erforderlich, jetzt auf allen Ebenen von Gesellschaft und Politik zu effizienten und konsequenten Maßnahmen zu greifen, um die Katastrophe noch aufzuhalten. Weltweit haben Kommunen wie Los Angeles, Vancouver, London und Basel und in Deutschland zum Beispiel Konstanz, Münster und Bonn bereits Beschlüsse gemäß der Climate Emergency Deklaration gefasst und damit ein Signal gesetzt: Es ist Zeit zu handeln!

Resolution zur Ausrufung des Climate Emergency:

Der Mensch hat bereits einen Klimawandel mit irreversiblen Folgen verursacht, welche weltweit zu spüren sind. Die globalen Temperaturen sind gegenüber dem vorindustriellen Zeitalter um 1 Grad Celsius gestiegen, weil die CO<sub>2</sub>-Konzentration in der Atmosphäre von 280 ppm auf über 400 ppm angestiegen ist. Um eine unkontrollierbare globale Erwärmung mit nicht absehbaren Folgen zu verhindern, ist es unerlässlich, die Treibhausgasemissionen schnellstmöglich massiv zu reduzieren.

Bereits 1,5 °C Erderwärmung führen unter anderem dazu, dass der steigende Meeresspiegel riesige Küstengebiete unbewohnbar macht. Die Weltbank schätzt, dass in den kommenden 30 Jahren die Zahl der Klimaflüchtlinge auf über 140 Millionen Menschen ansteigen wird. Auch in Nordrhein-Westfalen wird der Klimawandel zu spüren sein, so werden zum Beispiel Landwirtschaft und Stadtklima von den Folgen direkt betroffen sein.

Der Klimawandel ist also nicht bloß ein Klimaproblem: Er ist auch ein Wirtschafts-, Sicherheits-, Tierschutz-, Friedens- und soziales Problem.

Es kann und soll nicht erwartet werden, dass die Lösung dieses Problems alleine durch Eigenverantwortung und von Einzelpersonen erreicht wird. Es braucht jetzt auf kommunaler, regionaler, nationaler und internationaler Ebene zielführende Maßnahmen, um dieser drohenden Katastrophe entgegenzuwirken. Die aktuellen Pläne und Maßnahmen reichen nicht aus, um die Erwärmung dauerhaft auf die angestrebten 1,5°C zu begrenzen. Deshalb ist es jetzt wichtiger denn je, schnell zu handeln!